

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

19.8.1925 (No. 190)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Zeitung, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. B. C. N. Seyfried, Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite, Briefe und Gebete frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Zeitung, Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen sind die Namen, die die Anzeigen betreffen, und die Kosten der Anzeigen anzugeben. Die Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Zeitung, Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen sind die Namen, die die Anzeigen betreffen, und die Kosten der Anzeigen anzugeben. Die Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Zeitung, Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen sind die Namen, die die Anzeigen betreffen, und die Kosten der Anzeigen anzugeben.

Amtlicher Teil

Die Landtagswahl 1925

Die Neuwahl des Landtags ist, wie schon mitgeteilt, auf Sonntag, den 25. Oktober 1925, festgesetzt. Nach § 1 des Landtagswahlgesetzes in der Fassung vom 30. Juli 1925 gelten für die Landtagswahlen die Vorschriften des Reichswahlgesetzes und der Reichsformordnung.

Für die Wahlberechtigung zu den Landtagswahlen ist § 4 des Landtagswahlgesetzes maßgebend. Gegenüber dem Reichswahlrecht bestehen hiernach für das Landtagswahlrecht etwa abweichende Vorschriften.

Der wahlberechtigte Personenkreis ist in Baden für beide Wahlen mit der Ausnahme der gleiche, daß bei den Landtagswahlen das Wahlrecht der Beamten und Arbeiter (nebst Angehörigen) in Staatsbetrieben, die ihren dienstlichen Wohnort außerhalb Badens haben, an den Besitz der badischen Staatsangehörigkeit geknüpft ist, während bei den Reichstagswahlen die Eigenschaft als Reichsdeutscher genügt. Unter Staatsbetrieben in diesem Sinne sind auch die Reichsbetriebe zu verstehen. Die in Frage kommenden Gemeindebehörden sind gehalten, die hiernach Wahlberechtigten auf Antrag in die Stimmlisten oder Parteien aufzunehmen.

Die Abstimmungszeit ist auf Grund der zweiten Abänderung des Landtagswahlgesetzes auf die Stunden von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags festgesetzt.

Die französische Antwort an Deutschland

Die französische Antwort auf die deutsche Note in der Frage des Sicherheitspaktes ist am Dienstag an den französischen Botschafter in Berlin, de Margerie, abgegangen. Sie umfaßt 5 Seiten Text. Der französische Botschafter wird die Antwort der deutschen Regierung überreichen, sobald er vom Quai de D'Orsay Anweisung dazu erhalten hat, voraussichtlich Ende dieser Woche.

Amerika und die Sicherheitsfrage

W.B. Paris, 19. Aug. Savas berichtet aus Washington: Die Anwesenheit Houghtons beim offiziellen Essen und seine Unterredung mit Briand und Chamberlain gelegentlich der Londoner Besprechungen haben zu Gerüchten über eine mehr oder minder direkte Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Sicherheitsfrage Anlaß gegeben. Nach Auffassung der offiziellen Kreise sei diese Annahme in keiner Weise gerechtfertigt. Die Vereinigten Staaten erwarten keine Aufforderung, und wenn sie eine solche erhielten, würden sie es wahrscheinlich ablehnen, Vertreter zu entsenden, um eine falsche Auslegung ihrer Anwesenheit zu vermeiden. Die amerikanische Regierung hat in London und Paris an der Inkraftsetzung des Dawesplanes teilgenommen, weil sie direkt interessiert war. Aber obwohl sie alles verfolgt, was dazu bestimmt ist, in Europa den Frieden zu gewährleisten, ist sie der Ansicht, daß die Sicherheitsfrage lediglich die europäischen Mächte angeht.

Scheitern der Einigungsverhandlungen im sächsisch-thüringischen Kohlenkampf. Die am Montag und Dienstag in Berlin geführten Einigungsverhandlungen zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite der sächsisch-thüringischen Textilindustrie sind ergebnislos verlaufen. Die Forderungen an die Arbeitgeber der betroffenen Betriebe zum 5. September wurden am 18. August ausgefertigt. Mit den kaufmännischen und technischen Angestellten sowie den Werkmeistern der in Mitteleuropa gezeigten Betriebe kam in freier Vereinbarung ein Tarifvertrag zustande, wonach die Löhne und Gehälter um 10 Proz. erhöht werden und der Tarifvertrag bis zum 31. März 1926 läuft.

Mannesmann verkauft seinen Marokko-Besitz. Wie Reuters aus Berlin meldet, finden augenblicklich Verhandlungen über den Verkauf der gesamten Besitzungen der Firma Mannesmann in Marokko an ein englisch-amerikanisches Syndikat statt. Die Besitzungen, um die es sich handelt, sollen eine außerordentlich große Ausdehnung haben und Anlagen in Alkummas und anderen Küstenorten, sowie Zink-, Schwefel- und andere Minen im Innland und große Strecken landwirtschaftlichen Bodens umfassen. Der Grund für den Verkauf dieser Besitzungen ist die Tatsache, daß die Firma Mannesmann keine Ausichten sieht, ihr Geschäft in Marokko fortzusetzen, ohne in politische Verwicklungen hineingezogen zu werden.

Abkommen über die Zurückzahlung der belgischen Kriegsschulden. Die amerikanische Kriegsschuldenkommission und die belg. Vertreter haben am Dienstag ein endgültiges Abkommen über die Zurückzahlung der belgischen Kriegsschulden erzielt. Nach dem Abkommen sollen die belgischen Schulden, die während des Krieges gemacht worden sind, im Betrage von 170 Millionen Dollars, in 62 Jahren zurückgezahlt werden, ohne daß dafür Zinsen berechnet werden. Die Summe von 246 Millionen Dollars, die sich Belgien nach dem Waffenstillstand leisten hat, sollen gleichfalls in 62 Jahren zurückgezahlt werden und zwar mit 3 1/2 Proz. Zinsen nach Ablauf der ersten zehn Jahre.

Ein Balkanbündnis mit Ausschluss von Bulgarien?

Aus Athen wird uns geschrieben:

Auch auf dem Balkan sucht man die durch den Abbruch der südslawisch-griechischen Bündnisverhandlungen verursachte Spannung durch den Abschluß von Schiedsverträgen und Sicherheitspakten zu mildern. Dabingehende Vorschläge hat vor kurzem der Außenminister Rendis des Ende Juni durch einen Militärputsch zur Regierung gelangten Kabinetts Bungalos zur Diskussion gestellt.

Nach seiner Meinung würden im Balkan Schwierigkeiten entstehen, wenn man weiter die alten Methoden der Geheimdiplomatie befolge. Statt dessen sollte man, nach dem Vorgang der Vereinigten Staaten, der Westmächte und der baltischen Staaten, zunächst eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit einrichten. Hiernach würde es sehr leicht sein, zwischen Griechenland, Südslawien und Rumänien einen Sicherheitspakt und selbst ein Bündnis abzuschließen. Diese obligatorischen Schiedsverträge würden sich selbstverständlich auf die bestehenden Verträge und auf die Achtung der territorialen Unversehrtheit und nationalen Souveränität gründen.

Zurückblickend auf die abgebrochenen Verhandlungen mit Südslawien meint Rendis weiter, daß diese Schwierigkeit nicht entstanden wäre, wenn ein obligatorisches Schiedsgericht schon bestanden hätte. Auch für Rumänien gelte dies, mit dem Griechenland früher oder später durch einen Sicherheitspakt oder durch ein Bündnis verbunden sein werde. Dieser Weg werde am sichersten zur Befriedung des Balkans und zur Festigung des Nachkriegsstandes führen.

Diese Erklärung Rendis' richtet sich, wie ersichtlich, keineswegs an alle Balkanstaaten und insbesondere nicht an Bulgarien, sondern in erster Linie an Südslawien, sodann an Rumänien. Sie unterscheidet also klar zwischen Siegern und Besiegten des Weltkrieges.

Auf den Einwand der hiesigen Zeitung „Hestia“, daß es nützlich gewesen wäre, auch Bulgarien einzuschließen, da auch in Europa die Frage des Sicherheitspaktes nicht nur zwischen Frankreich und England, sondern auch mit Deutschland erörtert werde, erwidert die Athener offizielle Presse, daß die Lage im Balkan anders als in Europa sei, und daß dem Beitritt Bulgariens erst nähergetreten werden könne, wenn über diese Frage zwischen Griechenland, Südslawien und Rumänien eine Einigung erzielt sei. Jede andere Politik könne Mißdeutungen schaffen. Der Balkanfriede könne nur auf dem Wege über Belgrad und Bukarest gesichert werden.

Hier wird erzählt, daß Rendis zu seinem Vorschlag angeregt worden ist durch den Anfang Juli in Warschau versammelten Kongreß der Völkerverbündener, auf dem Frankreich durch den Historiker Aulard, Griechenland durch Maffas, griechischer Botschafter in Paris, und Rumänien durch den Prof. Djumara vertreten waren, während Südslawien durch Abwesenheit glänzte. Aulard richtete Schreiben an Djumara und Maffas, in denen er den Abschluß von Schiedsverträgen zwischen den 4 Balkanmächten (also Bulgarien eingeschlossen) als bestes Mittel zur Vereinigung des Balkans bezeichnete. Über diese Stimmung in Warschau unterrichtet, machte dann Rendis seine Vorschläge, die er, wie verlautet, auf der Septembertagung des Völkerverbündener in Genf als Delegierter Griechenlands wiederholen will.

Nach griechischer Ansicht würde das Projekt drei Etappen durchlaufen:

1. Abschluß von Schiedsverträgen zwischen Griechenland, Südslawien und Rumänien, den drei Siegerstaaten des Balkans;
 2. Abschluß eines Sicherheitspaktes zwischen diesen Staaten;
 3. Parallele Verhandlungen über Sonderbündnisse.
- Bulgarien soll erst später zum Beitritt eingeladen werden, nachdem es erneut sich bereit erklärt hat zur Anerkennung der Friedensverträge (Neuland) und der territorialen Integrität und nationalen Souveränität der anderen Balkanstaaten.

Das Disziplinarverfahren gegen Beamte. Das Reichsministerium des Innern hat den Entwurf einer Reichsdisziplinarordnung fertig gestellt, in der das Disziplinarverfahren gegen Beamte erschöpfend geregelt wird. Der Entwurf schließt sich im wesentlichen an das bestehende Beamtendisziplinarrecht an und ändert nichts an dem bisherigen Strafsystem. Verbessert wird das Verfahren in verschiedenen Punkten. So wird die Möglichkeit einer Wiederaufnahme abgeschlossener Verfahren im Sinne der entsprechenden Vorschriften der Strafprozessordnung gegeben.

Politische Neuigkeiten

Die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes

Die Gesamtentwicklung des Arbeitsmarktes im Juli, wie sie sich in den Ziffern der Erwerbslosenfürsorge widerspiegelt, zeigt keine wesentliche Veränderung. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 173 auf 176 000 gestiegen, die Zahl der weiblichen auf rund 22 000 stehengeblieben. Die Gesamtziffer ist von rund 195 000 auf 197 000, d. h. um rund 1 Proz. angewachsen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger der unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern ist von 259 000 auf 252 000 zurückgegangen. Diese Zahlen lassen erkennen, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit, der insbesondere im Ruhrbergbau zu verzeichnen war, durch die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft noch annähernd ausgeglichen werden konnte.

Ein Gesetzesentwurf gegen die Schundliteratur

Der schon von der Nationalversammlung geforderte Gesetzesentwurf über die Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften ist jetzt dem Reichstag von dem Minister des Innern Schiele vorgelegt worden. Der Entwurf will über die Vorschriften des Strafgesetzbuches und der Gewerbeordnung hinaus den Absatz von Schund- und Schmutzliteratur an Jugendliche unter 18 Jahren erschweren und unmöglich machen. Zu diesem Zweck sollen die der Jugend vorzuhaltenden Schund- und Schmutzschriften in eine Liste aufgenommen werden, die dann durch den „Reichsanzeiger“ bekannt zu machen ist. Sobald dies geschehen ist, sollen für die auf die Liste zu setzenden Schriften folgende Beschränkungen gelten:

1. Sie dürfen im Umherziehen weder feilgehalten noch angeboten oder angekündigt werden. Auch dürfen auf sie keine Bestellungen im Umherziehen gesucht oder angenommen werden.
2. Sie dürfen in stehenden Gewerben, von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen oder an anderen öffentlichen Orten nicht feilgehalten, angekündigt oder innerhalb der Verkaufsräume in Schaufenstern usw. nicht zur Schau gestellt werden.
3. Sie dürfen Personen unter 18 Jahren weder zum Kauf angeboten noch ihnen entgeltlich oder unentgeltlich überlassen werden; auch dürfen sie von Dritten für solche Personen weder entgeltlich noch unentgeltlich erworben werden. Wenn mehr als zwei Nummern einer Zeitschrift innerhalb Jahresfrist auf die Liste gesetzt werden, so kann die Zeitschrift selbst auf die Dauer von drei bis zwölf Monaten auf die Liste kommen.

Die Entscheidung darüber, ob eine Schrift auf die Liste gesetzt werden soll, steht den Prüfungsstellen der Länder zu. Sie setzen sich aus einem beamteten Vorsitzenden und vier Sachverständigen zusammen, von denen je einer den Kreisen der Kunst und Literatur, des Buch- und Kunsthandels, der Jugendwohlfahrt und der Volksbildung zu entnehmen ist. Nur bei Übereinstimmung von wenigstens drei der Sachverständigen und dem Vorsitzenden ist eine Schrift in die Liste aufzunehmen. Die Entscheidungen der Prüfungsstellen werden dem Reichsminister des Innern zur Bekanntmachung mitgeteilt. Das Gesetz sieht auch die Möglichkeit vor, daß auf Antrag des Reiches, eines Landes, des Verfassers und des Verlegers eine Schrift aus der Liste wieder gestrichen werden kann. Über den Antrag entscheidet ein Ausschuss, der aus einem Vertreter des Reichsministeriums des Innern und vier vom Reichsrat gewählten Vertretern gebildet wird. Die Durchführung des Gesetzes ist im Entwurf auch unter Strafvorschriften gestellt; wer vorsätzlich den Bestimmungen des Gesetzes zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Bei Fahrlässigkeit soll nur auf Geldstrafe erkannt und bei besonders leichten Fällen von Strafen abgesehen werden. Neben der Strafe kann auch auf Einziehung der Schriften erkannt werden.

Kommunistischer Überfall auf die Sobranpräsidenten in Paris. Die „Post“ meldet aus Paris: Der Präsident der bulgarischen Sobranje, Kulfest und der Vizepräsident Wassoff, die sich in Paris zum Besuche der Kunstausstellung aufhalten, wurden Dienstag Abend am Eingange der Ausstellung von etwa 40 bulgarischen Kommunisten überfallen, die mit Stöcken auf die beiden Präsidenten einschlugen. Die Überfallenen sprangen auf einen vorbeifahrenden Autobus und entkamen ihren Verfolgern. Inzwischen wurde die Polizei alarmiert; sie ging mit blanker Waffe gegen die Kommunisten vor, von denen zwei verhaftet wurden. Es handelt sich um frühere bulgarische Studenten, die Mitglieder einer kommunistischen Vereinigung bei sich trugen.

Die chinesische Regierung verlangt Zollautonomie. In ihrer Einladung an die Mächte zur Zolltariffkonferenz erinnert die chinesische Regierung daran, daß die chinesischen Vertreter bei der Washingtoner Konferenz in einer Sitzung des Pazifischen und Ostasiatischen Ausschusses zum Ausdruck gebracht haben, daß China die Frage der Wiederherstellung seiner Zollautonomie aufzurollen gedente. Demgemäß schlägt die chinesische Regierung vor, diese Frage auf die Tagesordnung der bevorstehenden Konferenz zu setzen und erwartet, daß eine Regelung getroffen wird, welche die bisherigen Beschränkungen der chinesischen Zollfreiheit beseitigt.

Die Wirtschaftslage Europas

Die amerikanische Sektion der Internationalen Handelskammer veröffentlicht einen Bericht über die Wirtschaftslage Europas.

Im allgemeinen werden die Verhältnisse ermutigend angesehen. Der politische Druck machte sich weniger fühlbar. Die Währung scheint endgültig stabilisiert in Österreich, Ungarn, Polen und Deutschland, und zwar in Deutschland tatsächlich auf Goldbasis. Bezüglich Österreichs weist der Bericht darauf hin, daß die finanzielle Erholung nicht genügt habe, um alle wirtschaftlichen Schäden zu heilen. Das Problem Österreichs sei dadurch kompliziert, daß ein Drittel der Bevölkerung in Wien zusammengeballt sei, wodurch das Land des nötigen Gleichgewichts ermangele und eine gewisse Unruhe erzeugt werde. Dem Bericht zufolge verspreche Ungarn bald wieder zu normalen Verhältnissen zurückzukehren, da sein natürlicher Reichtum und die erfolgreiche Leistung die Durchführung des Reformprogramms zu gewährleisten scheine. Das Polen betrifft, so befinden sich die Finanzverhältnisse des Staates noch immer in einem Entwicklungsstadium. Wenn es gelänge, die Stabilität der Währung zu erhalten, so dürfte es möglich sein, das Steuer- und Eigentumsproblem den Bedürfnissen des Landes anzupassen. Die rumänische Stabilisierung wird als überaus schwierig angesehen, da der Schuldendienst und die Ausgaben für die nationale Verteidigung 25 Prozent der laufenden Ausgaben ausmachen.

Die französische Marokko-Offensive

hat im Abschnitt von Taza, also in dem am meisten gefährdeten Mittel-Marokkos begonnen und nach französischen Meldungen Erfolge erzielt. Es handelt sich zunächst um Teilangriffe, die die Vorbereitung für die großangelegte Offensive nach den Plänen Spauteys und Kautlins bilden. Die französischen Truppen haben alle Angriffsziele erreicht, wie sie vorgesehen waren. Der Feind mußte sich nach Norden zurückziehen; er wird von den Bombengeschwadern verfolgt. Südlich von Taza unterwarf sich einige Stämme unbedingt. Dem Pariser „Temps“ zufolge haben die Operationen nordwestlich Tazas zum Ziel, die Rif-Truppen aus dem zwischen Flüssen gelegenen Gebirgslande zu vertreiben, von wo aus diese anbauend Vorstöße unternehmen, um die Verbindung zwischen Fez und Udschda zu unterbrechen.

Nach einer Meldung aus Algerien ist General Primo de Rivera, von Marokko kommend, dort eingetroffen. Es verlautet, wie Neuter meldet, daß in Kürze General Primo de Rivera, General Petain und Malby zusammenkommen. In Algerien werden spanische Truppen zusammengezogen, um Verstärkung nach Marokko zu entsenden. In Algerien sind auch bereits Transportschiffe angekommen, um die für Marokko bestimmten spanischen Verstärkungen an Bord zu nehmen. Man erwartet Truppenabteilungen aus Madrid, Sevilla und anderen militärischen Lagern.

Nach dem „Echo de Paris“ werden sich die französischen Streitkräfte in Marokko bis Ende August auf 100 Bataillone belaufen, von denen 72 in der vordersten Linie und die übrigen 28 in Reserve stehen werden.

Die Stellung Englands in Argentinien. In Sonderberichten der Londoner Blätter aus Buenos Aires über die Ankunft des Prinzen von Wales, wird hervorgehoben, daß unter den Schiffen, in denen man bei der Rumbfahrt im Hafen vorübergekommen sei, die britische Flagge keineswegs vorherrschend gewesen sei. Die britischen Kaufleute erklärten, daß England augenblicklich im Begriffe sei, die Schlacht um den Besitz des argentinischen Handels zu verlieren. Belgien und Deutschland hätten die britische Ausfuhr von Eisen und Stahl erobert und die Vereinigten Staaten hätten daselbst mit dem Markte für landwirtschaftliche Maschinen getan, während außerdem Argentinien selbst im Laufe des Krieges seine eigene Industrie stark ausgedehnt habe und jetzt bezüglich der meisten kleineren Industrieerzeugnisse unabhängig sei. Die britischen Preise lägen weit über denen der Konkurrenz.

Die Räumung Düsseldorf. Der Abtransport der französischen Besatzungstruppen hat bereits vom Bahnhof Derendorf begonnen. Die Zahl der freigegebenen Quartiere beträgt bis jetzt etwa 100; darunter befindet sich das Gebäude der Polizeiverwaltung.

Der deutsche Gesandte in der Schweiz, Adolf Müller, wird am 19. August 60 Jahre alt. Müller war vor dem Kriege Chefredakteur der „Münchener Post“ und einer der führenden Köpfe der bayerischen Sozialdemokratie. Im Kriege nahm er im Auftrag der deutschen Regierung an den Bemühungen um Herbeiführung eines Verständigungsfriedens in der Schweiz teil, nach Kriegsende wurde er auf den Berner Posten berufen.

Städtische Kunstballe Mannheim

Ausstellung „Die neue Sachlichkeit“

Die Mannheimer Kunstballe hat sich mit dieser Ausstellung wieder einmal an die Öffentlichkeit mit einer Veranstaltung gewandt, bei der ein festes Programm die Grenzen absteckt. Ein Ausschnitt aus dem Bild gegenwärtigen Kunstschaffens sollte gegeben werden und zwar das Stück Neuart, das eine veränderte Einstellung der Wirklichkeit gegenüber zeigt. Es regt sich da und dort erst, beweist aber doch schon eine solche Einheitslichkeit des Wollens, daß es sich rasch zu einem ganzen, einer neuen Gruppe zusammenschließt. Man könnte von Verismus sprechen nach den vielen anderen „-ismen“, denn in allen Künsten dieser neuen Richtung ist ein Wirklichkeitswollen, ein formales Wahrheitsstreben so stark, daß es manchmal schon wie Darstellungsfanatizismus überquillt.

Die höchste Steigerung des Expressionismus hatte gleichsam die Welt der Formen in Stücke geschlagen und sich in dem Aufbruch des Gefühls die bunten Splitter zu einem Bild zusammengewürfelt. Die ganze Überführtheit; der ganze Ansturm des modernen Daseins stimmerte darin. Es gab in dieser Art kein Weiter. Wie aus einem selbstverständlichen inneren Zwang kam das Verlangen wenn auch nicht eigentlich Gefühls, so doch wenigstens wieder fahbare Formenwerte zu schaffen, „Stabilisierung“ in der Kunst. Aus den prismatisch glitzernden Scherben sind dabei gläserne harte Formen geworden. Starr, mit unendlicher Nüchternheit stehen sie nebeneinander. — „Nebeneinander“ ist alles in dieser Kunst. Unsichtbare Trennungen sind zwischen den Menschen wie zwischen den Dingen. Das einzelne ist geschlossen in sich, so straff geschlossen, daß es manchmal zu völliger bellemender Isoliertheit kommt. Atmosphärische Leere und Gefühlsleere. Aber dennoch liegt in dieser Einseitigkeit von Mensch und Ding manchmal eine erschütternde Stärke und etwas, das wieder Erneuerung gibt.

Schöpfungen von Dix zeigen dies offensichtlich als das meiste andere. Er ist der unbarmherzigste Schilderer alles dessen, was das Gesicht der Zeit an Schreden der Vereinfachung, der Blasiertheit, der Armut oder des Lasters zeigt. Nicht daß er anlagt, er stellt nur fest, grausam, unerbittlich, doppelt scharf in dieser Fingelführung, die nichts erspart und nichts

Kurze Nachrichten

Zusammenschluß der hessischen Elektrizitätswerke. Die sechs größten Elektrizitätswerke in Hessen, in Darmstadt, Mainz, Offenbach, Friedberg, Groß-Oraun und Worms, haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um in allen wirtschaftlichen und Preisfragen gemeinsam vorzugehen.

Herabsetzung der Berliner Hotel-Logispreise. Wie die „B. Z.“ mitteilt, hat der Verein Berliner Hotelbetriebe und verwandter Gewerbe aus Anlaß des vom Reichstag beschlossenen Wegfalls der 10prozentigen Reichssteuer der Logispreise seine Mitglieder durch Rundschreiben aufgefordert, die Logispreise sofort um 8½ Proz. herabzusetzen.

Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Bozen-Brenner. Das italien. offiz. Gesetzbuch veröffentlicht ein Dekret, kraft dessen die Staatsbahnverwaltung berechtigt ist, die Elektrifizierung der Strecke Bozen-Brenner für die Summe von 60 Millionen Lire vorzunehmen. Diese Summe wird auf die Finanzjahre 1925/26 und 1926/27 verteilt werden.

Anläßlich des Zionistenkongresses in Wien kam es am Dienstag abend zu neuen wässigen Kundgebungen. Die demonstrierenden Nationalsozialisten wurden von der Polizei abgedrängt. Es erhielten bereits 126 Verhaftete Arreststrafen von 8-14 Tagen. Gegenüber rund 70 Personen stellte man Verleumdung der Wache und polizeiwidriges Verhalten fest.

Nach Vandalenreise nach Genf. Wie der Pariser „Intransigeant“ berichtet, wird sich der belgische Außenminister Brandverde am 7. September nach Genf begeben, um dort eine Zusammenkunft mit Briand und Chamberlain zu haben. An den Arbeiten des Völkerbundes wird er nicht teilnehmen.

Das amerikanische Schiffahrtsamt verkauft seine Schiffe. Aus Washington wird gemeldet: Das Schiffahrtsamt hat die während des Krieges gegründete American Export Lines mit 20 Frachtschiffen an die Export Steamship Corporation in New York verkauft. Der Preis soll etwa eine Million Dollars, das ist etwa sieben Dollar pro Tonne, betragen.

Die Lage in Syrien. Nach Drahtmeldungen aus Beirut haben sich die Ansichten auf die Wiederherstellung des Friedens zwischen den Franzosen und Drusen gebessert. Die Drusen haben nicht nur eine Anzahl französischer Gefangener wieder freigelassen, sondern auch das Feuer auf die französischen Flugzeuge eingestellt.

Gemeinde-Rundschau

Die Mannheimer städtischen Krankenanstalten. Wie das Städtische Nachrichtenamt mitteilt, befanden sich am 15. August ds. Js. in den Städt. Krankenanstalten 996 Kranke (69 männliche, 527 weibliche), und zwar im Krankenhaus 849, im Spital für Lungentranke 112, im Gesehungshaus Redargemünd 35. Von dem im Krankenhaus befindlichen Kranken waren 280 in der medizinischen Abteilung, 285 in der chirurgischen Abteilung, 105 in der gynäkologischen Abteilung, 15 in der Abteilung für Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten, und 11 in der Abteilung für Augenkrankheiten. Da am 15. August 1924 die Zahl der Kranken 884 (446 männliche, 438 weibliche) betrug, waren in den Mannheimer Städt. Krankenanstalten am 15. August d. J. 112 Kranke (28 männliche, 89 weibliche) mehr als am gleichen Tage des Vorjahres. Außerdem sind in der Seimabteilung 149 Kinder untergebracht, die zwar nicht krank sind, aber dort verpflegt werden. Am 8. August d. J. war die Zahl der Kranken 1 002 (Krankenhaus 854, Spital für Lungentranke 113, Gesehungshaus Redargemünd 35. Hiernach war die Krankenanzahl am 15. August d. J. um 6 niedriger als am 8. August d. J.

Die Bürgermeistereiwahl in Wiesloch findet am Donnerstag, den 27. August statt. Es treten 7 Kandidaten auf.

Wimpfen für Fortsetzung des Redarkanals. Der Gemeinderat Wimpfen hat — wie er mitteilt — in den Tageszeitungen von den aus Heidelberg stammenden Bestrebungen: „die Fortsetzung der Redarkanalbauten zu verbinden“, mit Entzifferung Kenntnis genommen und bittet alle maßgebenden Stellen des Reichs, der Länder und Gemeinden dafür einzutreten, daß der Ausbau des Redarkanals nach dem bekannten Programm vorgenommen wird, wenn es nicht möglich sein sollte, den Ausbau bis Wimpfen-Rohdenhof noch mehr zu beschleunigen. Der Gemeinderat bedauert die Bekämpfung des Ausbaus und erklärt, die Argumente als stichhaltig für die Einstellung der Bauarbeiten anzuerkennen zu können. Der Gemeinderat verlangt, daß das Redarkanalprojekt von dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt des gesamten Redarkanal als betrachtet wird und nicht einseitig vom Heidelberger Standpunkt aus.

Badischer Teil

Militärrenten

Durch das dritte Gesetz zur Abänderung des Reichsverforgungsgesetzes u. anderer Verforgungsgesetze müssen sämtliche Militärrenten umgerechnet werden. Die Umrechnung der Grundbeträge und Berechnung der Nachzahlung wird ohne Antrag mit größter Beschleunigung durchgeführt. Je weniger die Verforgungsämter in den nächsten Wochen durch Anfragen in Anspruch genommen werden, desto schneller wird die Umrechnung und Nachzahlung beendet sein.

Die Zahlung eines einmaligen Betrages von 50 RM. an diejenigen Kriegesbeschädigten, die im Jahre 1923 als 20prozentige Rentenempfänger abgefunden und seitdem nicht wieder Rentenempfänger wurden, kann nur auf besonderen Antrag erfolgen. Der Antrag ist möglichst schriftlich an das zuständige Verforgungsamt zu richten. Da nur solche Personen den Betrag von 50 RM. erhalten können, deren durchschnittliches Monatseinkommen ohne Frauen- und Kinderzulage 200 M. nicht übersteigt, werden die Antragsteller im eigenen Interesse gebeten, mit dem Antrag gleichzeitig eine Gehalts- oder Lohnbescheinigung des Arbeitgebers usw. mit einzureichen. Je genauer die Angaben, wie sich das Einkommen zusammensetzt, ob Steuerabzug berücksichtigt ist usw., um so schneller kann die Erledigung erfolgen.

Von der Schwarzwaldbahn

Die Schwarzwaldbahn hat gegenwärtig einen ungeheuren Verkehr zu bewältigen, wozu auch die vielerlei Veranstaltungen von Schwarzwaldbädern erheblich beitragen dürften. In Offenburg gibt es des öfteren Verpfaltungen, weil die Hauptbahn auf den Schwarzwaldbahn warten muß. Die letzten Wochen haben auf der Schwarzwaldbahn Netfordifferenz gebracht, leider aber auch die Tatsache bestätigt, daß die Schwarzwaldbahn dem mehr und mehr steigenden Verkehr auf die Dauer nicht mehr gewachsen sein werden. Obwohl die Kurzüge doppelt und viele Erplatzüge gefahren wurden, war die Beförderungsmöglichkeit nicht ausreichend. Im Zusammenhang hiermit mag auch darauf hingewiesen werden, daß der von der Reichsbahnverwaltung angekündigte Abbau von Kurswagen aus Erparnisgründen bereits eingeleitet hat. Zunächst hat man aus den Zügen R. D. 163/164 und D. 157/158 die durchlaufenden Wagen Amsterdam-Konstanz über Köln-Mannheim-Basel-Triberg zurückgezogen. Es ist kein Wunder, wenn diese Wagen wenig gut besetzt waren, denn R. D. Züge führen nur 1. und 2. Klasse.

Zur Erhöhung der Betriebsfähigkeit auf der Schwarzwaldbahn werden jetzt wieder vier Tunnelportale auf der Strecke zwischen Niederwasser und Sommerau umgebaut. Die Arbeiten sind von der Bahnbauinspektion Billingen bereits vergeben worden. Zwei kleinere Tunnel bei Niederwasser sind zur Ersparrung der Unterhaltungskosten abgetragen worden, d. h. sie wurden von oben „aufgeschlichtet“ und durch entsprechende Einschnitte ersetzt. Die Arbeiten gehen so vor sich, daß während des Betriebes der Berg von oben her abgetragen wird. Aus dem so gewonnenen Material wurde gleichzeitig die Verlegung der Bahndämmung und die des Gutachterbettes von der Bahn hinweg beseitigt.

Zum Arbeitskampf im Baugewerbe

Der Landesverband Baden des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat auf seiner außerordentlichen Hauptversammlung in Baden-Baden am Montag einstimmig beschlossen, dem im Reichsarbeitsministerium für das Baugewerbe gefällten Schiedspruch zuzustimmen — Wie bekannt ist, umfaßt der Schiedspruch nicht nur den Freistaat Baden mit Mannheim-Ludwigsbafen, sondern er erstreckt sich auf sämtliche bestreiten und ausgeperrten Gebiete und kann nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden. Deshalb fällt die endgültige Entscheidung über das Schiedspruch des Schiedspruches in Berlin am heutigen 19. August, am Tage des Ablaufes der beiderseitigen Erklärungsfrist.

Wie der Berliner „Vorwärts“ mitteilt, hat sich nunmehr auch der Verirat des Baugewerkes für die Ablehnung des für das Baugewerbe gefällten Schiedspruches ausgesprochen und beschlossen, den in Frage kommenden Bezirken die Ablehnung des Schiedspruches zu empfehlen. Der Verirat behauptet sich dann mit den Maßnahmen, die angeht die zu erwartenden Durchführungen der Generalausperrung im Baugewerbe ergriffen werden sollen.

vertuscht. Manche, besonders seine letzten Bilder sind schon rein maltechnisch ganz ungewöhnliche Leistungen. Georg Grosz steht neben ihm mit der gleichen Stärke des Erlebens. Gerade er zeigt deutlich als jeder andere die Formenrisikalisierung in einer Folge von Bildern, der Weg aus dem Chaos zur Realität. Sein neuestes Werk, das Bild eines Rudigen, ist von ganz ungewöhnlicher Eindringkraft durch formale und farbige Ausgeglichenheit, wie durch seine äußerste Schlichtheit, seine Tragik ohne Pathos. Beckmanns Werke scheinen mit dem Ausstellungsgebäude lockerer zusammenzuhängen als die manchen Anderen. Wohl hat er als einer der ersten „sachlich“ sein wollen, aber die Mittel, mit denen er dieses Wollen ausdrückt, gehören noch zum größten Teil der Formenprache des Impressionismus an. Er hat sich nie völlig aus dieser Schule losgelöst. So haben seine Bilder noch jene Weichheit und seine farbige Differenziertheit trotz aller inhaltlichen Härte. Ganz einseitig scheint dagegen bei Kandolt die künstlerische Welt. An einigen früheren Bildern läßt sich deutlich die Folgerichtigkeit seiner Entwicklung ablesen. Unbeirrbares Streben nach Klarheit in dem was, und in der Art, wie er es darstellt. Bei ihm haben die Dinge wirklich wieder ihre Gedenswerte, ihre Konturen sind unerbittlich fest unrisen, ihre Farbigeit modelliert sie wieder. Ähnlich will Schrimpf, das gerühmte, undramatische Dasein von Mensch und Tier und Gegenstand geben, farblos, verhalten, ab und zu mit dem liebevoll gepinselten Wuschel in die Ferne, der in manchen Bildern fast nazarenhaft anmutet. Seine helle, naive Welt ist der stärkste Gegensatz zu dem Konstruktionszwang und der unerbittlichen Ironie eines Dix und Grosz. Wie ja überhaupt diese Ausstellung sich von Bol zu Gegenpol bewegt, gleichsam vom rechten zum linken Flügel einer neuen Gesinnungsgemeinschaft. Auf der einen Seite diese „Stillebenmalerei“ im Sinne des Abklings der Gefühle nach ihrer maßlosen Erteigerung im Expressionismus, Stille, Isolation oft auch nur ein mildes Dasein kennzeichnet eine große Reihe dieser Bilder. Auf der anderen Seite ein festes Zusammenpressen, ein Erstarren des wilden Gebärdenpiels von gestern. Da und dort tritt dabei die optische Überdeutlichkeit schon an die Grenze der Klärsierung, der photographischen Wiedergabe und der unbarmherzig kalten Sektion körperlicher und see-

lischer Mißbildung scheint sich keine Hemmung mehr zu bieten.

Gerade, weil es galt, eine neue künstlerische Bewegung zum erstenmal zusammenzufassen, wurde der Rahmen dieser Ausstellung möglichst weit gespannt. Der Katalog zeigt nicht nur schon viel genannte Namen, sondern auch manche, die fremder klingen. So sieht etwa neue Menze, dem diese Kunst schon seit Jahren ein Feld des jähren Kinnens und Kampfens ist, schillernd C. E. v. Ribber, neben Schrimpf mit einer gewissen freundschaftlichen Verührung Schulz-Matan, Kay S. Rebel schiedte seine ausgesprochen dekorativen Bilder; Schlichter, der hauptsächlich als Zeichner bekannt und besonders stark in der graphischen Abteilung dieser Ausstellung vertreten ist, zeigt in einem Frauenporträt große malerische und feilsche Qualität. Von starker Konzentriertheit sind Bilder eines jungen Düsseldorfers W. Nabersteidt. Dawringhausens Vergabung zeigt sich am besten in dem Selbstporträt das schon seit zwei Jahren im Besitz der Kunstballe ist.

Auch die badische Künstlerkammer wird in dieser neuen Richtung vertreten. Schulz schiedte mit einer Härte wie kaum ein anderer die Wirklichkeit in seinem Stillleben. Dabei fehlt es ihm keineswegs an Ironie für den Kleinkram in Menschen- und Dingwelt, erst in den letzten Bildern diegt sein Empfinden zu einer Freude an der Idylle um. Substanz zeigt sich am besten in seinen Graphiken, denn es überwiegt bei ihm ganz wesentlich das zeichnerische Können. Zwei größere Bilder steuert Eduardreberger als Proben seines Könnens bei.

Es ist ein ausgeprägter programmatische Ausstellung und demnach soll, wie im Vormort des Kataloges Dr. G. B. Hartlaub, der Leiter der Kunstballe betont, damit nicht das Gemeine für überwinden oder nebenächlich erklärt werden. Biel von diesem Reiter ruht ja auf jenem Gestirne, oft sogar auf noch viel weiter Zurückliegenden. Wenn man will, kann man Verbindungen finden zum Umfang des vergangenen Jahresausstellers wie zu mittelalterlicher Tafelmaler. Dennoch ist es der Pulsschlag unserer Zeit, der in dieser Kunst pocht, die Schmerz ihrer Zusammenhanglosigkeit, die Technisch nach dem fahbaren, fast literarisch Gegenständlichen, — alles in allem eine künstlerische Umkehr von übersteigter Subjektivität zu beruhigter, klarer, oft erschreckend nüchternen Objektivität. S. A. B.

Lohnforderungen der Gemeindearbeiter

Bad. Karlsruhe, 18. Aug. Die badischen Gemeindearbeiter haben nach Ablauf des Tarifvertrages eine Erhöhung des Stundenlohnes von 15 Pfg. gefordert, was der Arbeitgeberverband badischer Gemeinden ablehnt. Beide Parteien einigen sich auf die Anrufung der Bezirksschiedsstelle.

Der Landestarifvertrag im Freizeigewerbe

Bad. Karlsruhe, 18. Aug. Wie uns mitgeteilt wird, dreht sich der Tarifstreit im Freizeigewerbe um die Verlängerung des seit einem Jahre bestehenden Landestarifvertrages, der eine wöchentliche Arbeitszeit von 60 1/2 Stunden für den Sommer und von 57 1/2 Stunden für den Winter vorsieht.

Zu den Landtagswahlen

Das Zentrum hat für den Freiburger Wahlkreis, zu dem die Ämter Freiburg, Emmendingen, Neustadt, Staufen und Badlitzsch gehören, folgende Kandidatenliste aufgestellt: Lehr-, Obergerichtsrat, Josef Duffner, Ortsbürger in Furtwangen, Dr. Hoffmann, Regierungsrat-Freiburg, Geis, Gewerkschaftssekretär-Karlsruhe, Schäff, Landwirt in Metzhausen, Dr. Marbe-Freiburg, Stadler, Bürgermeister in Badlitzsch, Böhner, Baurat in Emmendingen, Steinle, Landwirt in Norzingen, Vogel, Telegraphenbetriebsrat in Freiburg, Stier, Sägewerksbesitzer in Neustadt, Stadtrat Bommstein, Fabrikant in Freiburg, Strittmatter, Schneidermeister in St. Blasien, Grafen, Prokurist in Freiburg, Kaiser, Bürgermeister in Bonndorf, Franz, Professor in Neuzlingen, Karl Fahländer, Hilfsarbeiter in Gutsch, Karl Maier, Drechselmaschinenbesitzer in Engingen, Emil Weber, Schlossermeister in Weisbach, Bürgermeister Vogel, Viehhaltungsbesitzer und Hipp, Fabrikant in Staufen.

Aus den Parteien

Wie verlautet, veranstalten die Demokraten von Württemberg und Baden auch in diesem Jahre wieder eine demokratische Sommerschule und zwar in der Zeit vom 2. bis 6. September in Maulbronn. Die Leitung der Schule hat der ehemalige württembergische Staatspräsident, Professor Dr. von Hieber übernommen. Diese Schule behandelt das Gesamthema „Außenpolitik“ und in seinen Unterteilen die Fragen 1. europäische Bündnispolitik, 2. Völkerbundsfragen und 3. Ostfragen. Hervorragende Referenten auf dem Gebiete der Politik werden die Behandlung der einzelnen Themen übernehmen.

Aus der Landeshauptstadt

Von der badischen Luftverkehrs-Gesellschaft. Der Streckenflugdienst nach Basel, der auf kurze Zeit unterbrochen werden mußte, ist wieder aufgenommen worden und zwar zu ermäßigten Preisen. Eine Ermäßigung der Preise tritt mit dem heutigen Tag auch für die Strecke Karlsruhe-Frankfurt in Kraft. Vom 1. September an werden die Kurse in der Rheinthalbahn im Benehmen mit der Junker-Luftverkehr A.-G. so umgelegt, daß ein unmittelbarer Anschluß ohne größeren Aufenthalt von und nach Berlin gewährleistet ist. Durch diese Verbesserung sind für das Publikum, das sich erleichterterweise immer mehr der Luftverkehrsstrecken bedient, erhebliche Annehmlichkeiten für ihre Luftreisen gegeben. Ebenso ist es auch zu begrüßen, daß die badische Luftverkehrs-Gesellschaft trotz ihres jungen Bestehens immer mehr an Vertrauen zu ihrer Zuverlässigkeit im Luftbetrieb gewinnt und daß die badische Landeshauptstadt auch in dieser Beziehung erfolgreich mit den übrigen deutschen Luftstädten konkurrieren kann. Wer sich immer noch nicht von der Sicherheit der Luftverkehrsmaschinen überzeugen lassen kann, dem sei ein kleiner Rundflug über der Stadt, den die hiesige Luftverkehrsgesellschaft nach vorheriger Anmeldung ausführt, dringend empfohlen.

Die Preise für Milch und Kuhfleisch haben neuerdings eine Erhöhung um 6 Pfg. auf 1,20 und 0,88 M. erfahren.

Schwindler. Das Bad. Landespolizeiamt teilt mit: In Wieblingen, Eppelheim und zuletzt in Gaggenau hat ein angeblicher Lehrer Eugen Keller aus Schwäbisch-Gmünd Malarienanfälle vorgetäuscht und dadurch Leichtgläubige zur Herausgabe von Unterschlüssen bewogen. Am 8. August ist er mit der Bahn nach Karlsruhe gefahren. Da zu vermuten ist, daß er seine Schwindeleien fortsetzen wird, wird vor ihm gewarnt und gebeten, falls er auftaucht, seine Festnahme zu veranlassen.

Wiener Operette im städt. Konzerthaus: Heute Donnerstag, 20. August findet die 15. und zugleich vorletzte Abendaufführung des Ausstattungsschlagers „Gräfin Mariza“ statt. Morgen Freitag, 21. August letzte Aufführung der Operette „Ein Walzertraum“. Samstag, Sonntag und Montag geht die große Operettenneuheit „Der süße Kavaliere“ von Leo Fall in Szene. Die Hauptrollen werden von den Damen von Damaria, von Herr a. G., Reiter und den Herren Stabler, Wable und Walenta dargestellt. — Sonntag, 23. August nachmittags 3 Uhr findet vielen Wünschen entsprechend eine Volks- und Fremdenvorstellung des reizenden Singspiels „Das Dreimäderlhaus“ zu ermäßigten Preisen statt. Die diversen Ermäßigungsarten haben Gültigkeit.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, 8 Uhr morgens. Ein gestern früh über Nordfrankreich liegendes flaches Tief, hat sich bis Süddeutschland ausgebreitet. Durch seinen Einfluß trat gestern mittag Bewölkungszunahme und heute nacht Regen ein. Das Hochdruckgebiet über Mitteleuropa ist nun ganz verfallen. Mit seiner Wiederherstellung ist vorerhand nicht zu rechnen, weshalb in den nächsten Tagen unbeständiges Wetter mit Regenfällen zu erwarten ist. Voraussage für Donnerstag: wechselnd bewölkt, zeitweise Regenfälle, ziemlich kühl.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heidelberg, 18. Aug. Die dritte internationale Konferenz des Arbeitskreises für Erneuerung und Erziehung, die in Heidelberg stattfand, von 550 Personen aus 24 Ländern besucht war und von Fr. Dr. Elisabeth Kotten, Kohlgraben, geleitet wurde, stimmte einstimmig einer Entschließung zu, welche die Schaffung eines internationalen Büros für Erziehungsfragen in Genf verlangt, das in Verbindung mit dem Völkerbund arbeiten soll. Als Sitz wurde das seit 1912 in diesem Sinne arbeitende Institut J. J. Rousseau empfohlen.

Dr. Freiburg i. Br., 18. Aug. Nach schwerem Leiden ist der ordentliche Professor und Direktor der medizinischen Klinik Geh. Hofrat Dr. Oscar de la Camp im Alter von 64 Jahren gestorben. Er ist gebürtiger Hamburger, habilitierte an der Berliner Universität, die ihm 1905 den Titel eines außerordentlichen Professors verlieh. 1906 wurde er Direktor der medizinischen Poliklinik an der Universität Marburg, 1907 ordentlicher Professor und Direktor des pharmakologisch-polyklinischen Instituts und der Universität-Kinderklinik in Erlangen. Im Jahre 1917 wurde Geh. Rat de la Camp als ordentlicher Professor und Direktor der medizinischen Poliklinik an die Universität Freiburg berufen und 1919 zum ordentlichen Professor für spezielle Pathologie und Therapie und zum Direktor der medizinischen Klinik als Nachfolger von Eggellens Kämler ernannt. Geh. Rat de la Camp vertrat längere Zeit die demokratische Partei als Stadtverordneter, er war auch ein eifriger Förderer der Sportbewegung, besonders unter den Studenten.

* Freiburg, 19. August. Wie die „Freiburger Zeitung“ erzählt, ist der frühere Großherzog vor einigen Tagen von Geheimen Hofrat Prof. Dr. Agenfeld mit Erfolg am Grauen Star operiert worden.

W. Freiburg (Schweiz), 18. August. Im Alter von 81 Jahren ist Dominikanerpater Dr. theol. Albert Weis aus Indersdorf in Oberbayern gestorben. Während 4 Jahre war Vater Weis Dozent für Sozialwissenschaft an der juristischen Fakultät der Universität Freiburg, während 22 Jahren Professor für Apologetik an der theologischen Fakultät. Infolge seiner großen Verdienste auf dem Gebiete der Pädagogik und seiner hervorragenden schriftstellerischen Tätigkeit in katholischen Grundfragen betrachten ihn die Katholiken des deutschen Sprachgebietes als einen der hervorragendsten Männer der neuesten Zeit.

Maitammer, 18. Aug. Auf Beschluß der Gemeinde Maitammer-Alsterweiler wurde der die Sicherheit der Pflanzgefährdende Kalmitturm gesperrt. Es ist beabsichtigt, ihn nach Beschaffung der erforderlichen Mittel neu aufzubauen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	17. August		18. August	
	Geld	Beleg	Geld	Beleg
Amsterdam 100 G.	168.99	169.41	169.06	169.48
Kopenhagen 100 Kr.	96.48	96.72	96.23	96.47
Italien . . . 100 L.	15.22	15.26	15.06	15.10
London . . . 1 Pf.	20.382	20.434	20.384	20.436
Newyork 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	19.74	19.78	19.495	19.535
Schwiz . . . 100 Fr.	81.39	81.59	81.38	81.58
Wien 100 Schilling	59.08	59.22	59.06	59.20
Prag . . . 100 Kr.	12.422	12.462	12.425	12.465

Zuteilung überall 100 P. Prozent

Bücheranzeige

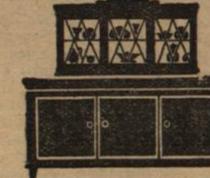
Das kleine Modebuch, so betitelt sich ein Büchlein, das kürzlich im Verlag Walter Eiserich, Heilbronn a. N., erschienen ist. Der Verfasser verbirgt sich hinter dem Pseudonym Arbiter novus. Seinen Untertitel „Klaudereien über ein unerforschliches Thema“ verdient das kleine Modebuch mit Recht. Nur mühte es eigentlich heißen: Historische Klaudereien, da in der Hauptsache allerlei geschichtliche Reminiszenzen aufgeführt werden. Es liest sich amüsan und anregend und wird allen etwas bringen.

Verschiedenes

Schwere Dampferexplosion in Amerika. W. Newport (Rhode Island), 19. Aug. Auf dem Vergnügungsdampfer „Madison“, auf dem sich 677 Ausflügler, darunter viele Frauen und Kinder befanden, explodierte der Dampfkessel. Der ganze mittlere Teil des Schiffes wurde durch die Explosion zerstört. Unter den Passagieren entstand eine Panik. 17 Personen erlitten durch den ausströmenden Dampf tödliche Brandwunden. 75 wurden zum Teil sehr schwer verletzt. Da sich die Explosion in der Nähe eines Marineübungsplatzes ereignete, konnte das Schiff mit den darauf verbliebenen Passagieren von den in der Nähe befindlichen Kriegsschiffen ans Ufer gebracht werden. Das Schlachtschiff „Whoming“, sowie eine Reihe von Aufklärungs Kreuzern und Torpedobootzerstörer wurden durch Funkpruch an die Unglücksstätte gerufen und beteiligten sich an der Rettung mit den Wellen eintreffenden Passagieren. Nach den letzten Meldungen beträgt die Zahl der umgekommenen Personen 23.



Mark 29 000 000.—
kommen in der bis zum **31. August** dauernden Ziehung der
Preuß.-Süddeutschen Klassenlotterie
zur Verlosung
Das große Los
und sämtliche Gewinne zu
M. 500 000.— M. 300 000.—
M. 200 000.— M. 100 000.—
M. 75 000.— usw. sind noch im Gewinnrade
Eine geringe Anzahl von Kauflosen steht
mir noch zur Verfügung
Lospreise: 1 Doppellos
15.— 30.— 60.— 120.— 240.— R.-M.
ZWERG vormals
Götze
Bad. Lotterie-Einnehmer, Karlsruhe
Hebelstraße 11 und Waldstraße 38
Telephon 4828. Postscheckkonto 17808



BAUBUND-MÖBEL
HERVORRAGEND
IN FORM & GÜTE
kaufen Sie am besten beim
BAD. BAUBUND
G.M.B.H.
KARLSRUHE
Karl-Friedrich-Strasse 22
am Rondellplatz
TAGL. GEÖFFNET
VON 8 1/2-12 1/2 UND 2-6 1/2 UHR

Stellenausschreibung.
Beim **Stadtyugendamt Freiburg i. Br.** ist auf 1. Oktober die Stelle eines **Verwaltungsobersekretärs** mit Bezahlung nach Gruppe VII und Aussicht auf baldige planmäßige Anstellung zu besetzen. E. 634
Es kommen nur Bewerber in Betracht, welche die Fachprüfung für die gehobene mittlere Beamtenlaufbahn (Obersekretärprüfung, gegebenenfalls mit der Ergänzungsprüfung) abgelegt haben und möglichst schon praktische Erfahrungen auf dem Gebiete der Jugendfürsorge besitzen.
Die Anstellung erfolgt zunächst im Angestelltenverhältnis. Die Bewerbungsgesuche sind innerhalb vierzehn Tagen anher einzureichen unter Anschließung eines selbstgeschriebenen und selbstverfaßten Lebenslaufes, in welchem auch nähere Angaben über Schul- und Berufsbildung, sowie bisherige praktische Tätigkeit und gesundheitliche Verhältnisse zu machen sind, und unter Vorlage des Nachweises der abgelegten Prüfung, sowie von lüdenlosen beglaubigten Zeugnisabschriften.

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus
Morgen Donnerstag, 20. August, abends 7 1/2 Uhr
Der große Erfolg
Gräfin Mariza
von Emmerich Kallman
Billets von M. 1.50-5.30 bei Fr. Müller, Kaiserstr., Zigarren-Brünnel, Kaiserallee, Holzschuh, Werderstraße 48, und an der Tageskasse. E. 548
Freitag: Ein Walzertraum

Dr. Karlsruhe. Aber das Vermögen der Firma **Badische Gerbfabrik E. Köpfer A.G.** vorm. Carl Ehrlicher in Karlsruhe, Zepelinstraße 5, wurde heute am 17. August 1925, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Gemeinschuldnerin zahlungsunfähig ist. Der Rechtsanwalt Emil Müller in Karlsruhe ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 1. Oktober 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Mittwoch, 2. September**

1925, nachmittags 5 Uhr, 2. Stod. Zimmer 131, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Mittwoch, den 21. Oktober 1925, nachmittags 5 Uhr, 2. Stod. Zimmer 131.** Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. Oktober 1925 Anzeige zu machen. Karlsruhe, 17. Aug. 1925.
Der Gerichtsschreiber
Badischen Amtsgerichts A 1.

Nadelnlangholzverkauf.
Das Forstamt **Serrn-wies** in Forbach (Baden) verkauft **freihändig 2800 fm Nadelnlangholz** aller Klassen, vorwiegend Strohholz. Angebote werden bis längstens **Dienstag, den 25. August d. J.** erbeten. Losverzeichnisse durch das Forstamt. E. 504

Die Bahnhofsverwaltung in Durlach ist auf 1. Oktober 1925 neu zu besetzen. Auf Prozente vom Umsatz (Ablehnung) lautende und eine Jahresminderpacht garantierende Pachtangebote sind mit Nachweisen über Befähigung, Reumund und Vermögensverhältnisse bis spätestens **1. September 1925** portofrei und verschlossen mit Aufschrift „Pachtangebot auf Bahnhofsverwaltung Durlach“ an die Betriebsinspektion in Karlsruhe, bei welcher die Bedingungen eingesehen oder gegen **RM. 1.50** erhoben werden können, einzureichen.

zureichen. Pächterwohnung ist nicht vorhanden. Karlsruhe, den 18. August 1925.
Reichsbahndirektion. 547

Zahrt. E. 514
Güterrechtsregisteramt
Lahr Bd. III S. 30.
Johann Friedrich Köhler, Landwirt in Lahr, und dessen Ehefrau Sofie geb. Säger. Die Genannten haben durch Ehevertrag vom 13. Juli 1925 die Gütertrennung gemäß § 1426 ff. B.G.B. vereinbart. Das Vermögen der Frau ist im Ehevertrag und in der Beilage des Güterrechtsregisters beschrieben.
Lahr, 29. Juli 1925.
Amtsgericht.

Mannheim. E. 515
Zum Güterrechtsregister Band XV wurde am 12. August 1925 eingetragen:
unter D. 3. 354: Peter Schmidt, Kaufmann, Mannheim, und Margarete geb. Stod dafelbst. Vertrag vom 29. Juli 1925 Gütertrennung.
unter D. 3. 355: Johann Josef Holz, Geschäftsführer, Mannheim, und Friede Maria geb. Salzburger dafelbst. Vertrag vom 30. Juli 1925 Gütertrennung.
unter D. 3. 356: Johann Peter Müller, Eisen-dreher, Mannheim, und Elisabetha Wilhelmina geb. Morano dafelbst. Vertrag vom 8. August 1925 Gütertrennung.
Bad. Amtsgericht.

Rastatt. E. 551
Güterrechtsregister - Eintrag Band II Seite 460:
Holf Brand, Kaufmann, und Hedwig geb. Heidelberg in Rastatt. Infolge Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Mannes durch rechtskräftigen Beschluß vom 2. April 1925 ist Gütertrennung eingetragen.
Rastatt, 14. August 1925.
Amtsgericht Rastatt.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Nr. 33

Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Goldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 90 Goldpfennig auswärts Porto vom Verlage Karlsruhe i. B.,
Karlsruherstraße 14, bezogen werden.

19. August 1925

Urlaubs-Tage

In allen Teilen unseres Vaterlandes muß seit Jahren, so auch heuer, mit verschwindenden Ausnahmen gegenüber den Vorkriegsverhältnissen Einschränkung geübt werden. Dies gilt auch für die Tage der Erholung, bei der Beamten-schaft für die **Urlaubstage**. Gestatteten die früheren Verhältnisse in bezug auf Einkommen und Vermögen mit größerer Leichtigkeit die Bereitstellung eines Reisefonds für die Zeit der großen Ferien, so bedarf es heute schon einer großen Spar-samkeit, um bei den knapp gehaltenen Einkommensbezügen — von Vermögensansammlung kann kaum mehr die Rede sein — die Beträge zu erübrigen, die zur Befriedigung eines auch nur bescheidenen Ferienaufenthaltes notwendig sind. Vielfach werden dringende Anschaffungen im Haus-halt, für Ausstattung von Kindern und für ihre Ausbildung vorweg die monatlichen Ersparnisse aufzuehren, die etwa für eine Urlaubsreise hätten in Betracht kommen können. Es wird deshalb ein nicht unerheblicher Teil von Beamten durch die wirtschaftliche Bedrängnis auf einen vielleicht in früheren Jahren stets eingehaltenen Aufenthalt in der Sommerfrische verzichten müssen.

Aber auch da, wo die Verhältnisse etwas günstiger liegen, dürften die Pläne für den Sommerurlaub gegen frühere Ge-wohnheiten zeitlich und inhaltlich wesentlich bescheidener ge-halten sein, es müßte denn sein, daß eine sog. „Leistungszulage“ von einigen Hundert oder Tausend M. oder dergl. die Einstel-lung größeren Aufwand im Reisebudget gestattet. Wie dem aber auch sei, das Bedürfnis nach Ausspannung und Erholung ist gegen die Vorkriegszeit sicher nicht geringer geworden. Man wird, ohne zu übertreiben, sagen dürfen, daß die **Inanspruch-nahme des Beamten in der Nachkriegszeit**, namentlich aber seit Durchführung des Rationalabbaues eine intensivere ge-worden ist, daß seine Tätigkeit im Gebiet der Hoheits- wie auch der Betriebsverwaltungen sich angespannter und auf-reißender gestaltet hat, besonders auch im Hinblick auf die vielfachen Mühen und Leiden unseres gesamten wirtschaft-lichen Lebens. Wo also die Möglichkeit zu einer längeren oder kürzeren Ausspannung von den Strapazen des täglichen Berufs gegeben ist, da ist sie wahrhaft jedem von Herzen zu gönnen.

Die Befriedigung des Erholungsbedürfnisses wird sich — abgesehen von den diktatorischen Einschränkungen durch die finanzielle Leistungsfähigkeit — je nach den Umständen in verschiedener Weise vollziehen. Wer draußen in der Klein-stadt oder auf dem Lande heimisch ist, wird mehr den Drang verspüren aus der beschaulichen Ruhe und Einför-migkeit nach der Großstadt mit ihrem rascher pulsierenden Leben, ihren Lebenswürdigkeiten und Ausstellungen auf kürzere oder längere Zeit zu ziehen, um so manche **kulturelle Errungenschaften und Fortschritte** wahrzunehmen, vielleicht auch die verfeinerten Genüsse eines beliebigen Badeortes auf-zusuchen. Wo man aber das Jahr über, und gerade das laufende konnte darüber befehlen, im Betriebe der Groß-stadt geblieben, ihre Ausstellungen und Feste vielleicht bis zum Überdruß über sich hat ergehen lassen müssen, wo die Erfordernisse eines jeden Tages, selbst der Straßenverkehr, verdauernde Aufmerksamkeit und Anspannung der Nerven befehlen, da kommt das Verlangen, mal auf einige Wo-chen möglichst weit entfernt von solchem Treiben ein Leben der Beschaulichkeit und der Ruhe zu führen. Man bestiegt den Schnellzug zur Fahrt nach der See oder nach dem Gebirge, auf alle Fälle zur engeren Anlehnung an die unergäng-lichen Reize der Natur. Und hier bietet auch für den, der nicht in der glücklichen Lage ist, eine Nordlandsfahrt zu un-ternehmen oder seinen Urlaub zu einer Frühjahrsstour in den sonnigen Gefilden Italiens zu verwenden, unser deutsches Vaterland, ja auch unser engeres Badener Land, eine un-erschöpfliche Fülle von verlockenden Gegenden, idyllischen Plätzen und trauten Winkeln.

Und frische Nahrung, neues Blut
Saug' ich aus freier Welt;
Wie ist Natur so hold und gut,
Die mich am Busen hält!

Diese Worte Goethes werden wohl bei der Erinnerung an glücklich verbrachte Urlaubszeit. Es ist richtig, daß alle Arz-neyen unserer Apotheken alle Sanatorien und Klöster der Welt nicht die Wunder vollbringen können, die die Natur jährlich an Millionen unserer Stadtbewohner vollzieht, die in Scher-en aufs Land strömen, um frische Kräfte zu sammeln. Was hier von dem Büromenschen gesagt ist, der abgearbeitet, reiz-bar und erschöpft nach Erholung in Wald und Feld lechzt, das gilt in gleichem Maße auch für die **Hausfrau und Mutter**. In zwölf langen Monaten in die Enge des Hauses einge-schlossen und nur dem Wohl der Familie lebend, müde und gemüht von all den unaufhörlich kleinen Plagen und Sor-gen, hat sie es bitter not, sich auch einmal eine Weile Raht und Ruhe bei der großen Mutter Natur zu gönnen. Nicht im-mer wird es möglich sein, daß die ganze Familie zusammen

hinauszieht, da und dort wird es aber sich ermöglichen las-sen, die Kinder bei Verwandten, vielleicht auch in einem der in neuerer Zeit von charitativer Seite ins Leben gerufenen, billigen Erholungsheim unterzubringen.

Der Aufwand, der durch den Ferienaufenthalt entsteht, wird sicher aufgewogen durch die Verjüngung und Frische, mit der man zurückkehrt, voll neuer Hoffnung, neuer Pläne und mit neugeschärftem Blick; ja er wird zu einer guten Kapitalanlage, gemessen an den Zinsen der getätigten Ge-sundheit und wieder größerer Leistungsfähigkeit. Möchten so recht viele, die matt und unlustig geworden waren, in diesen Tagen der Ferien, draußen in schöner Landschaft, unter frohen Menschen, bei Kunstwerken der Natur und Technik, die zerkührenden Wirkungen niederdrückender Gedanken über-winden und so die Kunst der geistigen Selbstheilung kennen und üben lernen: den peinigenden, widerwärtigen und üblen Gedanken gesunde, hoffnungsvolle, frohe, mutige und er-hebende entgegenzusetzen, die den Geist des Menschen reinigen und erheben.

Aus der Besoldungsbewegung

Im 5. Ausschuss des Reichstages fand am 18. Juni eine all-gemeine Aussprache über Beamtenfragen, darunter auch über die Besoldungsfrage statt.

Der Vertreter der Demokraten verwies auf die Denkschrift des Deutschen Beamtenbundes über die Verschuldung der Be-amtenschaft, die Zunahme der Kriminalität und Selbstmorde und fragte den Reichsfinanzminister, ob er angesichts dieser Tatsachen immer noch auf dem Standpunkt stehe, daß zur Hebung der Notlage der Beamten nichts geschehen könne.

Der Vertreter der Deutschen Volkspartei sagte, man werde abwarten, was die Linksparteien für Anträge stellen, und dann dazu Stellung nehmen. Die Verschuldung sei nicht nur in den am meisten Not leidenden unteren, sondern in allen Beamtentufen groß. Hier zu helfen, sei Staatsnot-wendigkeit. Die fortgesetzte Gleichstellung der Lohn- und Ge-haltspolitik in den Denkschriften sei unerträglich.

Ein Vertreter des Zentrums erinnerte an die Etatsrede des Reichsfinanzministers v. Schlieffen, in der die Worte vorlaken, daß für die unteren Beamten ein sozialer Ausgleich in der Besoldungsordnung herbeigeführt werden müsse. Derselbe Reichsfinanzminister habe zwei Monate später eine Denk-schrift unterzeichnet, die die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beamtensoldung verneine. Auf diese Weise müßten schließ-lich Treue und Glauben verloren gehen. Die Not in der un-teren Beamtenschaft sei anerkanntermaßen groß, eine weitere Verteuerung der Lebenshaltungskosten sei Tatsache, am Fi-nanzstandpunkt dürfe die Besoldungssteigerung nicht scheitern, da man im Etat für alle möglichen Dinge Geld gehabt habe. Er hätte daher erwartet, daß die Reichsregierung zu dem gestanden hätte, was sie seinerzeit als notwendig erkannte.

Der Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung erklärte, daß man vorerst untersuchen müsse, woran es liege, daß die Beamten nicht hinreichend bezahlt würden, woran es ferner liege, daß die Wirtschaft zu sehr mit Steuern belastet und dadurch zu einer überaus hohen Preissteigerung getrieben werde. Im übrigen dürfe die Reichsregierung die Stellung des Beamten, der seine ganze Kraft in den Dienst der Sache stelle, nicht mit der des Arbeiters vergleichen, sie müsse ihn vielmehr immer etwas über die allgemeine Linie herausge-hoben halten.

Von dem Vertreter der Deutschnationalen wurde betont, daß die Partei besorgt sei, der Notlage der Beamtenschaft so schnell und so ausgiebig wie möglich Abhilfe zu bringen. Jetzt vor dem 1. Juli eine Erhöhung zu beschließen, ließe je-doch der Beamtenschaft selbst den schlechtesten Dienst erweisen, weil noch alle finanziellen Unterlagen für die Auswirkung der Zoll- und Steuererlässe, die auch eine neue, starke Bela-stung der Beamten in sich trügen, fehlten. Die erforderlichen Mehrausgaben könnten nicht mehr aus Steuern aufgebracht werden. Einzelne Gruppen herauszugreifen, sei nicht an-gänglich, weil die ganze Beamtenschaft mitleidens sei.

Der Vertreter der Bayer. Volkspartei meinte, daß die Aus-sichten für eine Aufbesserung der Beamtensoldung vor Mon-aten günstiger gewesen seien als jetzt, weshalb zu beharren sei, daß man damals noch nicht zu einem Ergebnis gekommen sei. Es sei bekannte Tatsache, daß die Arbeitgeberkreise immer dann auf den Plan träten, wenn es sich um eine Besoldungs-erhöhung der Beamten oder Lohnerhöhung der Arbeiter der öffentlichen Körperschaften handle. Wenn bei den Verglei-chen mit der Arbeiterschaft nicht die **Akkordlöhne** mit herange-zogen seien, so seien sie unzutreffend.

In der weiteren Aussprache nahmen noch weitere Vertreter der SPD, des Zentrums und der Demokraten das Wort. Ein Vertreter der SPD, befahte sich noch einmal mit der Hal-tung der Regierungsparteien im März und der neuen Denkschrift der Reichsregierung, während ein Vertreter des Zen-trums eine Regelung getroffen wissen wollte, die sich auf alle Besoldungsgruppen erstreckte. Vorher müsse man jedoch das Ergebnis der Verhandlungen über die Steuer in Zollfragen

übersehen können. Im Haushaltsplan erhebliche Mehrbeträge gegenüber den Vorausschlägen einzuflechten, wenn man zugleich den Beamten die Aufbesserung vorenthalte, halte er bei allem Verständnis für die nötige Rücksicht auf die Wirtschaft für be-denkllich.

Der Vertreter des Reichsfinanzministers gab zu allem die Erklärung ab, daß die in der Denkschrift niedergelegte und wohlbegründete Stellungnahme der Reichsregierung unverän-derlich sei. Sie gipfeln in dem Satz, daß bei aller Anerkennung der staatspolitischen Bedeutung des Beamtentums zurzeit die Reichsregierung nicht in der Lage sei, eine Besoldungsvorlage zu machen.

Die SPD war während der Beratung zur Einbringung von positiven Anträgen übergegangen, die Zulagen für die Grup-pen I bis VII auf 20 Prozent zu erhöhen, oder eine einmalige Wirtschaftsbetriebe von 100 Mark zu gewähren.

Beschlossen wurde zuletzt, die weitere Behandlung der Be-soldungsfrage dem ständigen Interkommunalen Ausschuss des 5. Ausschus-ses (Sparauschuss) zu überweisen und zu den Beratungen besondere Sachverständige für Steuer- und Zollfragen heran-zuziehen. Bis zum 2. Juli hatte sich der Sparauschuss we-gen Arbeitsbelastung mit der Frage noch nicht befaßt.

Der Reichstagsabgeordnete Schuldt, Steglitz (Dem.), hat dem Reichspräsidenten eine Denkschrift über die Not und Sor-gen in der Beamtenschaft überreicht. Darauf hat der Abg. Schuldt, Steglitz, die Antwort erhalten, daß der Reichspräsi-dent von der Denkschrift mit Aufmerksamkeit Kenntnis genom-men und sie dem Reichsfinanzminister zugeleitet hat, mit dem er die in der Denkschrift berührten Fragen persönlich be-sprechen wird.

Der Preussische Landtag, der sich schon früher zu der Denkschrift der Reichsregierung ablehnend gestellt hatte, hatte am 18. Juni ebenfalls über Beamtensoldung verhandelt und dabei folgenden Antrag angenommen:

1. Der Landtag vermag der Auffassung der Reichsregierung, daß eine Aufbesserung der Beamtensoldung im gegenwärtigen Augenblick überhaupt unmöglich sei, angeichts der in weiten Kreisen der Beamtenschaft herrschenden Notlage nicht beizutreten.
2. Das Staatsministerium wird ersucht, unerbittlich auf die Reichsregierung einzuwirken, daß zumindest die Bezüge der wirtschaftlich schwächsten Beamten und Lehrpersonen eine solche Aufbesserung erfahren, daß diese im Interesse der Dienstfreudigkeit und der Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit von der drückendsten Not befreit werden. Diese Aufbesserung soll auch den Wartegeldempfängern, Ruhe-geldempfängern und Hinterbliebenen in gleicher Lage zuteil werden.
3. Das Staatsministerium wird beauftragt, bei der Reichs-regierung zu beantragen, daß die Beamten der Besol-dungsgruppen I bis VI bis zum 1. Juli 1925 eine ein-malige außerordentliche Wirtschaftsbetriebe von 100 M. erhalten. Die Wirtschaftsbetriebe ist auch den gleicharti-gen Angestellten, Wartegeldempfängern, Ruhegeld-em-pfängern und Hinterbliebenen zu gewähren. Zur Ver-meidung von Überschneidungen der Gehälter in höheren Gruppen werden entsprechende Ausgleichsummen ge-währt.

Dieser Antrag (Nr. 711) stand am 24. Juni in der Voll-sitzung des Landtags zur Abstimmung. Er wurde angenom-men und an den Hauptauschuss überwiesen.

Das Heer der Reichsfinanzbeamten

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Von Zeit zu Zeit erscheinen Aufsätze, die dartun sollen, daß die Zahl der Reichsfinanzbeamten in keinem Verhältnis stehen zu der früheren Zahl der Finanzbeamten. Es ist aber nie angegeben, wie die frühere Zahl der Finanzbeamten berechnet wurde. Es ist dies auch nicht so leicht, wenn man nur bedenkt, daß Preußen früher gar keine Finanzverwal-tung hatte. Es gab wohl für Zölle, Tabak-, Branntwein- usw. Steuern Hauptzollämter. Aber die rein preussischen Steuern wurden von den Gemeinden bzw. Landratsämtern veranlagt und von den Gemeinden erhoben und an die preu-ßische Staatskasse abgeliefert. Die Veranlagung der Grund-erwerb- und Erbschaftsteuer erfolgte durch Landesbehörden. Eine Umschreibung, die an jedem Finanzamt einen Etat von Beamten beschäftigt, gab es vor dem Krieg nicht. Schon diese wenigen Bemerkungen dürften zeigen, daß eine Vergleichung von jetzt mit früher ganz außerordentliche Schwierigkeiten bietet. Man müßte erst bei jeder Abgabe feststellen, wie wurde sie früher veranlagt und erhoben und wie geschieht dies jetzt, wie viel Beamte der Bundesstaaten und Gemeinden wurden hierfür verwendet usw.

Dann ist aber namentlich zu beachten, daß früher die Steuergesetze stabil waren.

Will man das Heer der Finanzbeamten vermindern, so muß man die Ursachen entfernen; trotz allem gilt immer noch: keine Wirkung ohne Ursache.

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

Kunsthandlung Wandschmuck
für jeden Geschmack
in reichster Auswahl
MOOS
KAISERSTR. Nr. 187 Eigene Werkstätte für
TELEPHON Nr. 994 Einrahmungen 406

A. KIEMLE
Frühlingstraße 13 KARLSRUHE Telephon 2354
Klubmöbel-Fabrik
Spezialität: 459
Klubfauteuils u. Sofas in sämtl. Leder- u. Stoff-
arten, Schreibstühle und Speisezimmerstühle
Stets Neuheiten. Bequeme Teilzahlung. Eigene Entwürfe

Für nur 20 M. Anzahlung
und wöchentliche Rate von 4 M.
bekommen Sie ein stabiles Damen-
oder Herrenfahrrad mit 2 Jahre
Garantie. Die Räder werden bei
Anzahlung sofort ausgehändigt.
Sämtliche Ersatzteile wie: Mäntel,
Schläuche, Pedale, Ketten usw.
staunend billig. Reparaturen
werden gut und billig
ausgeführt 460
Fahrrad-Kunzmann, Zähringerstr. 46

Mehle & Schlegel
Kleiderstoffe Seidenstoffe
Herrenstoffe
Tägliche Eingang von Frühjahrsneuheiten
— zu sehr billigen Preisen — 379
Teilzahlungen für Beamte gestattet
Spenglers Geschichts-Philosophie
Eine Kritik
Von
Prof. Dr. KARL SCHÜCK
Preis M. —.75
Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.